



Multilateralismus ade? Versorgungssicherheit braucht Freihandel!

INTERVIEW:

Die US-Regierung kann kein Interesse am Kollaps der WTO haben

Professor Gabriel Felbermayr

AUSSENANSICHT:

Außenhandel schafft Wohlstand

Thorsten Tiedemann

ZAHLEN UND FAKTEN

Deutsche Import- und Exportzahlen im Überblick

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,

die neue US-Handelspolitik unter Donald Trump habe das Zeug, die globale liberale Wirtschaftsordnung zu gefährden. So beschreibt es Laura von Daniels von der Stiftung Wissenschaft und Politik in ihrem Gastbeitrag für die "ZEIT" vom 9. Februar 2018. Internationale (Handels)Konflikte haben insbesondere im vergangenen Jahr stark zugenommen, nicht nur in ihrer Anzahl, sondern insbesondere auch in ihrer Vehemenz.

Doch Streitigkeiten unter den insgesamt 164 Mitgliedstaaten der Welthandelsorganisation (WTO) sind keine Ausnahme. In solchen Fällen hat sich das Streitschlichtungsverfahren als erfolgreiches Instrument bewährt. Doch momentan scheint die WTO insgesamt an ihre Grenzen zu stoßen. Nicht zuletzt deshalb, weil die USA die Vorteilhaftigkeit des internationalen Handelssystems bekanntlich für sich infrage stellen und die Richterposten in dem so wichtigen Streitschlichtungsausschuss der WTO nicht nachbesetzen. Wie lassen sich die Interessen aller Mitgliedstaaten der WTO künftig überhaupt noch einbinden? Eine Reform des Welthandelssystems, aus der die WTO gestärkt hervorgeht, scheint unumgänglich.

Die deutsche und europäische Agrarwirtschaft würde aufgrund der fortschreitenden

Globalisierung ihrer Märkte hiervon besonders profitieren. So ist Deutschland im Bereich des internationalen Agrarhandels weltweit die Nummer drei bei den Im- und -exporten. Auch wenn drei Viertel der Rohstoffimporte für den Bereich Ernährung aus der EU stammen, wäre die Wertschöpfung in der agrarischen Verarbeitungskette ohne Rohstoffimporte aus Drittstaaten nicht denkbar, aber auch nicht ohne die dortigen Exportmärkte.

„Ein fairer Agrarhandel ist zur Sicherung der Welternährung und zur Abmilderung der Folgen des Klimawandels unabdingbar.“

Ein fairer Agrarhandel ist in Ergänzung zum wohlverstandenen Eigeninteresse von Deutschland und der EU auch ganz grundsätzlich zur Sicherung der Welternährung und zur Abmilderung der Folgen des Klimawandels unabdingbar. Denn Agrarprodukte sollten vorrangig dort produziert werden, wo die knappen Ressourcen nach dem Prinzip der Gunstregionen am effizientesten genutzt werden können. Der Austausch von Agrarprodukten setzt allerdings offene und funktionierende Märkte voraus. Hier stößt die Weltgemeinschaft auf die eingangs skizzierten Herausforderungen der WTO, welche ein klares Handeln erfordern.

Um mit den Worten von Frau von Daniels zu sprechen: „Um den Zusammenbruch der globalen Ordnung im Handel zu verhindern, sollte die EU schnell Position beziehen.“

Doch auch die EU selbst wird von radikalen und populistischen Kräften zunehmend unter Druck gesetzt. Alle Demokraten sollten sich deshalb daran erinnern, wie stark wir gemeinsam von der EU profitieren.



Martin Courbier, Geschäftsführer BVA

M. Courbier

Im Gespräch mit Professor Gabriel Felbermayr: Die US-Regierung kann kein Interesse am Kollaps der WTO haben

Ain't No Sunshine oder You'll Never Walk Alone – Welcher Titel beschreibt die WTO aktuell besser?

Vielleicht eher: You Can't Always Get What You Want. An der WTO wird derzeit von vielen Seiten Kritik geübt, und ihr geht es schlecht. Sie ist nicht nur unter Druck, weil US-Präsident Trump sie nicht mag, sondern auch, weil andere Staaten die Autorität der WTO-Regeln immer mehr in Frage stellen. Auf der anderen Seite: Die jüngsten WTO-Entscheidungen zu den Subventionen für Airbus und Boeing zeigen, dass die WTO noch immer eine ziemlich starke Kraft in der Strukturierung von Handelskonflikten sein kann und in diesem Kontext auch noch funktioniert.

Wo sehen Sie in diesem Zusammenhang die größten handelspolitischen Herausforderungen im Bereich agrarischer Rohstoffe?

Agrarische Rohstoffe waren schon immer massiv von Marktverzerrungen betroffen. Das hat sich zwar deutlich verbessert, auch in Europa, aber die EU hat hier ein Glaubwürdigkeitsproblem. Denn sie will – ähnlich vielen Schwellen- und Entwicklungsländern – keine weitergehende Liberalisierung der Agrarmärkte, auch nicht gegenüber entwickelten Ländern, z. B. den USA. Doch wer für Freihandel und gegen Zölle und andere Handelsbeschränkungen glaubwürdig auftreten will, muss in allen Bereichen etwas anzubieten haben. Plastisch sichtbar wird das derzeit am Beispiel Palmöl. Die EU droht, sich hier gegenüber Malaysia und Indonesien ziemlich rigoros abzuschotten, ohne eine ernsthafte Prüfung zuzulassen, ob das dort produzierte Palmöl nicht doch aus ökologisch nachhaltigen Quellen stammt – etwa durch Zertifizierung. Solche Handlungen machen die EU als Verteidiger der WTO und multilateraler Handelsregeln nicht glaubwürdiger.

Worauf sollte sich die Agrarwirtschaft bei einem Scheitern der WTO Ihrer Ansicht nach einstellen?

Wenn wir statt des multilateralen Rahmens der WTO in eine Welt kommen, in der dauernd kleinteilig über Handelsliberalisierungen verhandelt wird, verliert die Agrarwirtschaft wie auch andere Branchen an



Professor Gabriel Felbermayr, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW Kiel)

Planungssicherheit. Sie wäre besonders stark negativ betroffen, denn die Zölle sind ja gerade im Agrifood-Bereich traditionell besonders hoch; damit wären auch die möglichen Schwankungen kräftig. Dazu kommt, dass die so genannten Handelselastizitäten ebenfalls vergleichsweise hoch sind; das führt dazu, dass die Zölle starke Mengenreaktionen hervorrufen. Das lässt sich gut im Fall der Sojabohnenexporte der USA nach China beobachten; dort haben die Zölle extreme Mengenanpassungen generiert.

Was kann die Politik auf der einen und die Wirtschaft auf der anderen Seite Ihrer Ansicht nach tun, um ein solches Szenario zu verhindern?

Die Politik in Berlin und Brüssel sollte einerseits klar benennen, wer die Täter und die Opfer in den gegenwärtigen Handelskonflikten sind. Der Angriff auf die WTO geht eindeutig von den USA aus. Aber gerade deshalb müssen EU-Kommission und europäische Regierungen besonders darauf achten, dass nicht auch die anderen 163 WTO-Mitglieder untereinander zu ähnlichen Mitteln greifen. Die EU-Reaktion mit Strafzöllen auf Stahl, die dann unter anderem Brasilien getroffen haben, oder das Verhalten in Sachen Palmöl tragen nicht dazu bei, Handelskonflikte einzudämmen und multilaterale Abkommen zu stärken. Die Wirtschaft fühlt sich in dem Dilemma zwischen Schutz vor unfairem Wettbewerb und einem prinzipiellen Interesse an offenen Märkten gefangen. Ich denke aber, dass die Entwicklungen in den vergangenen zwei Jahren gezeigt haben, dass sich hochschaukelnde Handelskonflikte allen schaden und Unsicherheit schüren. Insofern tut die Wirt-

schaft gut daran, die Politik nicht zu weiteren protektionistischen Schritten zu ermutigen.

Unterstützen Sie die Forderung von Wirtschaftsminister Altmaier nach einer Reform der WTO? Und wenn ja, wie könnte so eine Reform aussehen?

Ja, eine Reform ist sinnvoll. Diese Organisation mit 164 Mitgliedstaaten mit jeweils einem Vetorecht ist groß, komplex und müde geworden. Die G20 ohne die USA – also die G19, wenn man so will – sollten es sich zur gemeinsamen Aufgabe machen, die WTO zu stützen und zu reformieren.

„Die G20 ohne die USA sollten es sich zur gemeinsamen Aufgabe machen, die WTO zu stützen und zu reformieren.“

Wie der frühere WTO-Generaldirektor Pascal Lamy es gesagt hat, brauchen sie einen Plan B, der auch ohne die USA funktioniert. Parallel sollten Bemühungen forciert werden, den USA entgegen zu kommen. Die US-Regierung kann eigentlich kein Interesse am Kollaps der WTO haben. Vermutlich will sie durch Drohgebärden Raum für Verhandlungen schaffen und dieser sollte genutzt werden. Ungeachtet persönlicher Antipathien für die politischen Führer anderer Länder könnte die EU die Rolle des Mediators einnehmen, der sich bemüht, die Schwellenländer zu Zollzugeständnissen und die Chinesen zur Marktöffnung zu bewegen, um die Amerikaner an Bord zu halten. Beides liegt im ureigensten Interesse der EU als Ganzes und Deutschlands im Besonderen.

Kommentar von Thorsten Tiedemann: Außenhandel schafft Wohlstand

Das politische Umfeld, in dem sich der Agrarhandel heutzutage befindet, stellt sich deutlich volatil dar als die Agrarmärkte selbst. Konkrete Beispiele sind die aktuellen Handelsstreite zwischen den USA und China, aber auch zwischen China und Kanada. Diese haben bereits zu marktrelevanten Verwerfungen geführt und stellen internationale Handelsstrukturen vor große Herausforderungen. Letzteres beobachten unsere mit langjähriger Erfahrung im internationalen Umfeld agierenden Unternehmen mit großer Sorge. Deshalb ist für sie ein funktionierendes Regelwerk auf internationaler Ebene mit Blick auf die globale Vernetzung der Märkte unabdingbar wichtig.

Auch punktuelle, länderspezifische politische Herausforderungen führen neuerdings häufiger zu atmosphärischen Störungen auf europäischer und internationaler Ebene. Dies können wir aktuell innerhalb der EU in verschiedenen Ausprägungen (z. B. Brexit) erleben. Und diese Störungen stellen Unternehmen, auch aus unserer Branche, vor operative Herausforderungen, kosten Kraft und damit Wachstum.

Vor dem skizzierten Hintergrund sind in den letzten Jahren erhebliche neue Risiken für die Wirtschaft entstanden. Grundsätzlich ist die Agrarwirtschaft es gewohnt aufgrund der weltweit schwankenden Ernteerträge jedes Jahr unter geänderten Rahmenbedingungen zu agieren. Damit die Branche die neuen, politischen Herausforderungen meistert, müssen unsere unternehmerischen Aktivitäten gut moderiert werden. Ein hohes Maß an Flexibilität ist gefordert, da wir Planungen und Investitionen in deutlich kürzeren Abständen tätigen müssen. Unternehmen müssen die Ein- und Austrittsbarrieren für bestimmte Marktsegmente für sich sehr niedrig halten, um die negativen Auswirkungen von politischen Marktverwerfungen zu minimieren.

Deshalb ist es für deutsche Unternehmen wie die Getreide AG umso wichtiger, dass die lokalen Standortfaktoren international wettbewerbsfähig gestaltet werden und so für gerechte Wettbewerbsbedingungen in einer globalisierten Welt gesorgt wird. Mit zunehmender Internationalisierung können Unternehmen ihre Prozesse nach relativer



Thorsten Tiedemann, Vorstand der Getreide AG

Attraktivität von Standortfaktoren optimieren, indem sie diese Prozesse in dem Land ausüben, welches für einen bestimmten Prozessschritt am besten in Frage kommt. Arbeitsrecht, Landessprache, Abgaben, Infrastruktur, Rechtssicherheit sowie regulatorische Hürden und Wachstum sind Beispiele, nach denen Unternehmensfunktionen in verschiedenen Ländern platziert werden.

Viele Unternehmen erkennen die landesspezifischen Unterschiede und stellen sich international entsprechend auf. Die deutsche Politik kann an den Strukturen der Organisation internationaler Unternehmen klar ablesen, welche Standortfaktoren in Deutschland stimmen und wo Nachholbedarf besteht und sollte entsprechend nachjustieren. Denn nur so können unsere Firmen hier am Standort auch international wettbewerbsfähig bleiben, Akquisitionen durchführen und erfolgreich wachsen. Standortnachteile, z. B. bei Energiekosten oder der Besteuerung, rächen sich für Unternehmen in Deutschland und dem hiesigen Standort mit zunehmender Geschwindigkeit. Hier muss die Politik wachsam sein, denn selbst Unternehmen, die ansonsten als „best of class“ in ihrem Segment gelten,

können Standortnachteile dauerhaft nicht kompensieren, wenn der „competitive advantage“ strukturell bei der Konkurrenz aus dem Ausland liegt.

Die betreffenden Herausforderungen ließen sich ein Stück weit abwenden, wenn zumindest die Regelwerke für den internationalen Handel funktionieren würden. Vor diesem Hintergrund bin ich von der Bedeutung und Wichtigkeit des WTO-Systems fest überzeugt: Globale Vernetzungen erfordern mehr denn je ein funktionierendes WTO-System. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die aktuellen Handelsstreitigkeiten.

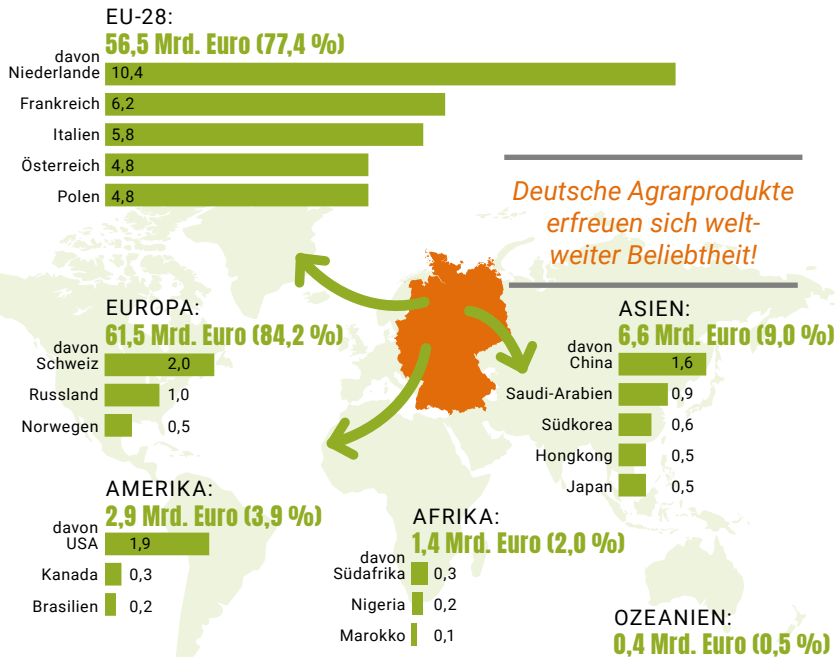
„Globale Vernetzungen erfordern mehr denn je ein funktionierendes WTO-System.“

Von der Politik wünsche ich mir deshalb, dass sie ein gutes Gespür für unsere Standortfaktoren entwickelt und sich dafür einsetzt, diese gerecht zu gestalten. Sie soll sich ebenfalls dafür stark machen, dass internationale Strukturen wie das WTO-System auch weiterhin wirken können und nicht aufgrund ideologisch motivierter Vorbehalte grundsätzlich in Frage gestellt werden. Dieses ist jedoch schnell der Fall, wenn sich für einzelne Länder Standortnachteile ergeben. Freie Kapital- und Warenströme müssen gewährleistet bleiben, denn Außenhandel schafft Wohlstand – das ist erwiesen. Parallel müssen unsere Unternehmen am Standort Deutschland gut aufgestellt sein, damit wir in schwierigen Phasen, sei es politisch, konjunkturell oder einfach erntebedingt gegensteuern können. Von der deutschen Politik erwarte ich deshalb ein effektvolles Eingreifen, wenn marktrelevante Verwerfungen wie z. B. aus dem U.S.-Chinesischen oder Chinesisch-Kanadischen Handelsstreit herühren.

„Die Politik muss ein gutes Gespür für unsere Standortfaktoren entwickeln und sich stark machen, dass internationale Strukturen wie das WTO-System auch weiterhin wirken können.“

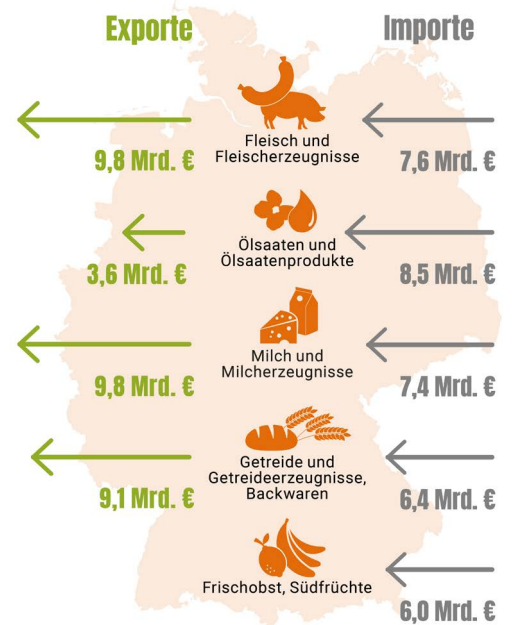
Deutsche Agrarausfuhren weltweit

Nach Kontinenten und ausgewählten Ländern, 2017, in Mrd. Euro, Anteil an Gesamtausfuhren in %



Quelle: Destatis, 2017

Was handeln wir?

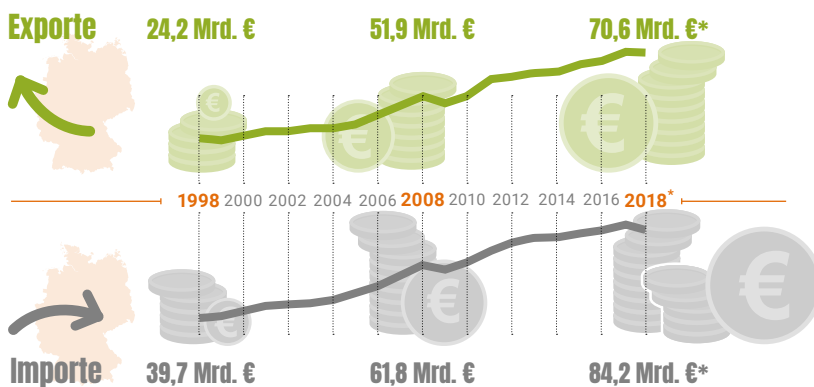


Quelle: BMEL, 2016 und 2017

*Ob Import oder Export:
Deutschland ist ein leistungsfähiger Handelspartner
bei allen wichtigen Agrarprodukten!*

Deutscher Agraraußenhandel

in Mrd. Euro



* AMI-Schätzung | 2018, Quelle: Statistisches Bundesamt

Legende für alle Grafiken:

- Exportwerte aus Deutschland
- Importwerte nach Deutschland

I M P R E S S U M

Grain Club

Grain Club
Geschäftsführung
c/o OVID Verband der ölsaatenverarbeitenden
Industrie in Deutschland e.V.
Am Weidendamm 1 A
10117 Berlin

Dr. Illya Khodyeyev / Cornelia Schröpfer
Tel. +49 30 726259-40
Fax +49 30 726259-99
E-Mail: info@grain-club.de
Twitter: Twitter.com/grainclub

www.grain-club.de